



Gleichstellung in Wort und Bild



Inhaltsverzeichnis

Nachruf auf Frau Bundesministerin Sabine Oberhauser	3
Persönliche Gedanken von Sektionsleiterin Ines Stilling zum Ableben Sabine Oberhausers	4
Weltfrauentag: Frauen können die Welt verändern!	5
Im Gespräch: Gesundheits- und Frauenministerin Pamela Wagner-Rendi	7
Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU.....	10
EIGE-Studie bestätigt: Mehr Jobs und Wirtschaftswachstum durch ökonomische Gleichstellung von Frauen und Männern.....	12
Was geht in der Werbung? „Do’s und Dont’s“ schaffen Klarheit	13
Fortschrittsbericht zum Frauenanteil in Aufsichtsräten	15

Nachruf auf Frau Bundesministerin Sabine Oberhauser

Die tiefe Betroffenheit über das Ableben von Gesundheits- und Frauenministerin Sabine Oberhauser lässt uns nicht vergessen, wie engagiert, zielorientiert und tatkräftig sie ihre politischen Ideen verfolgte.



Foto: Johannes Zinner

"Die Quote wirkt!" Noch Anfang Februar kommentierte Frauenministerin Sabine Oberhauser so die koalitionsäre Einigung auf einen 30-prozentigen Frauenanteil in Aufsichtsräten. Sie war zuversichtlich, dass die gläserne Decke mit der verpflichtenden Quote nun auch in der Privatwirtschaft einen weiteren Sprung bekommen

hatte. Sabine Oberhauser erzählte gerne, sie selbst sei auch aus eigener Erfahrung von der

Quote überzeugt: 2009 wurde sie zur ÖGB-Vizepräsidentin gewählt – als „Quotenfrau“, wie sie einmal sagte. So war Sabine Oberhauser: optimistisch, aber auch kämpferisch, wenn es um die Sache ging.

„Ich würde die Situation für Frauen in Österreich mit einer chronischen Krankheit vergleichen“

Sabine Oberhauser war sich durchaus bewusst, dass Frauenpolitik in Österreich viel Energie und ein hohes Frustrationslevel verlangt: „Ich würde die Situation für Frauen in Österreich mit einer chronischen Krankheit vergleichen. Seit Johanna Dohnal haben schon viele Frauenministerinnen versucht, diese Krankheit zu heilen. Das ist nicht gelungen, es sind aber Verbesserungen eingetreten“, sagte sie in einem „Kurier“-Interview. Als stärkstes Symptom bezeichnete sie die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen, die ungerechte Aufteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit und die gläserne Decke. Ein wichtiges Anliegen war Oberhauser auch die Bekämpfung von Hass im Netz, unter dem gerade Frauen häufig leiden. Sie verlangte schon zu Beginn ihrer Amtszeit eine Meldestelle, um Betroffene von Internetgewalt umfassend zu unterstützen.

„An so etwas muss man nicht verzweifeln“

Als Sabine Oberhausers Erkrankung 2016 erneut ausbrach, kommentierte sie das auf ihrer Facebook-Seite lakonisch mit: „So what? Auf ein Neues!“ So lange es ihre Kräfte erlaubten, übte sie das Ministerinnenamt aus. Durch die Krankheit hätte sie das Gesundheitssystem von „der anderen Seite des Bettes“ kennengelernt, so Oberhauser. Sie setzte damit auch ein Signal nach außen, „dass man an so etwas nicht verzweifeln muss“, wie sie es formulierte.

Am 23. Februar erlag sie Sabine Oberhauser ihrer schweren Erkrankung. Sie wird uns ein Vorbild darin bleiben, nie zu resignieren und mit unerschütterlichem Humor auch noch den Mitmenschen Kraft und Mut zu geben.

Persönliche Gedanken von Sektionsleiterin Ines Stilling zum Ableben Sabine Oberhausers

Sabine Oberhauser hat das Leben und die Menschen geliebt. Es sollten alle Menschen die gleichen Chancen und Möglichkeiten haben und jeder Mensch hat Respekt verdient!

Ihr Leitmotiv und Antrieb war es, sich jeden Tag aufs Neue für die einzusetzen, deren Stimmen nicht gehört wurden und die es schwerer hatten im Leben. Dabei hatte Sabine immer ein Lächeln auf den Lippen und hat mit ihrem Optimismus und ihrer positiven Energie nahezu jeden möglichen Widerstand schon im Ansatz zum Schmelzen gebracht.

Sabine Oberhauser hatte die seltene Fähigkeit, in jedem Menschen das Gute und Positive zu sehen und das Menschliche zum Vorschein zu bringen, über alle ideologischen und politischen



Grenzen hinweg. Das hat Sabine Oberhauser zu einem besonderen Menschen und zu einer bemerkenswerten Frau und Politikerin gemacht.

Sie hat Österreich zu einem besseren Land gemacht – und sie hätte noch so viel bewegen können! Sabine wird immer in den Herzen und Gedanken aller Menschen sein, die sie kennenlernen durften.

Weltfrauentag: Frauen können die Welt verändern!

Lohnschere, Wirksamkeit von Quotenregelungen, ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, Gewalt an Frauen ... Diese Themen durchziehen Jahr für Jahr am Frauentag Glossen der Medien und Presseaussendungen. Wir versuchen den Gegenentwurf mit „Frauen können die Welt verändern!“ Auch wenn sie selbst nur bedingt Nutznießerinnen ihres Einsatzes sind oder waren... Eine optimistische Bilanz über Frauenbewegungen damals und heute.



Vor hundert Jahren – am 8. März 1917 – gingen zahlreiche Frauen in Russland unter dem Motto „Brot und Frieden“ auf gegen die zaristische Herrschaft auf die Straße. Dieser Protest gehört zu den Schlüsselereignissen der Februarrevolution, die die Zarenherrschaft in Russland beendete. Zu Ehren der Rolle der Frauen während der Revolution wurde der Frauentag, der bereits 1910 auf Initiative der Frauenrechtlerin Clara Zetkin eingeführt wurde, auf den 8. März gelegt.

Die österreichische Arbeiterinnen-Zeitung begrüßte überschwänglich „das ruhmvolle Beispiel der heldenhaften russischen Frauen, die an der Befreiung ihres Vaterlandes aus Tyrannei und Knechtschaft so viel Anteil haben.“¹ Optimistisch fiel auch die Prognose zum damals aktuellen Thema Frauenwahlrecht aus: „Sie werden das Wahlrecht erhalten, sie werden gleichberechtigte Bürgerinnen sein in einem freien Russland. Wir müssen der russischen Frauen würdig werden.“²

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war das Frauenwahlrecht das Synonym für Frauen- und Mitspracherecht in Politik und Gesellschaft. Sobald Frauen in politische Positionen gewählt werden könnten, würden sie die Interessen ihrer Geschlechtsgenossinnen vertreten und sich dafür einsetzen, die unhaltbaren Arbeitszustände zu verbessern und die Benachteiligungen im Ehe- und Familienrecht zu beseitigen, so die Annahme der Suffragetten.

Eine egalitäre, gerechte Gesellschaft ist ohne Gleichstellung der Geschlechter undenkbar

Frauen sind auch heute noch in vielen Fällen die Hauptleidtragenden gesellschaftlicher Ungleichheit. Arbeiterinnen in Indien, Bangladesch, Malaysia oder Burma müssen oft von einem Mindestlohn von 2,50 Euro pro Tag leben.

Auf der ganzen Welt setzen sich Frauen nach wie vor lautstark für Gerechtigkeit ein. Ob im „Arabischen Frühling“ oder bei Protestmärschen in Lateinamerika gegen Gewalt: Frauen stehen oft in den ersten Reihen. Als Reaktion auf die sexistischen Aussagen des neuen US-Präsidenten kam es anlässlich seiner Angelobung zum „Women’s March against Trump“, der Rückenwind von berühmten Frauen- und Bürgerrechtlerinnen wie Angela Davis oder Gloria Steinem sowie von Stars wie Scarlett Johansson und Madonna erhielt. Aber nicht nur in den USA kam es zu Protesten – weltweit gingen Frauen aus Solidarität auf die Straße, um zu zeigen, dass Sexismus in der Politik nichts verloren hat.

¹ Arbeiterinnen-Zeitung, 24. April 1917, 2.

² Ebd.



Eine Junge Frau in Brüssel beim Protestmarsch Women's March gegen Trump. 21.01.2017 (picture alliance/dpa/Bruno Fahy)

Haben Krisen- und Umbruchszeiten notwendigerweise auch mit dem Kampf um bzw. mit der Bedrohung der Frauenrechte zu tun? Einiges deutet darauf hin. Der internationale Frauentag ist der Tag, an dem globale Frauensolidarität gefragt ist.

Im Gespräch: Gesundheits- und Frauenministerin Pamela Wagner-Rendi

Zunächst: Herzliche Gratulation! Wir freuen uns sehr, dass Sie Frauenministerin geworden sind! Was werden Ihre frauenpolitischen Prioritäten in den kommenden anderthalb Jahren sein?

Vielen Dank! Ich sehe Frauenpolitik ganz klar als gesamtstaatliche Aufgabe, die die Zusammenarbeit mit vielen Partnerinnen und Partnern erfordert. Auf meiner Agenda stehen jedenfalls das weitere Schließen der Lohnschere durch Maßnahmen wie den Mindestlohn von 1.500 € und mehr Lohntransparenz, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, die Quote in der Privatwirtschaft und die Absicherung des Gewaltschutzes.



Foto: Thomas Jantzen (BMGF)

Sie selbst sind eine erfolgreiche „Karrierefrau“. Was sind Ihres Erachtens die unerlässlichen „Zutaten“, um beruflich zu reüssieren? Welche Rahmenbedingungen müssen dafür gegeben sein?

Gerade im Berufsleben müssen Frauen gegen viele Hindernisse ankämpfen. Sie verdienen im Schnitt weniger als Männer und stoßen nach wie vor an die gläserne Decke. Die gläserne Decke hat im Bund bereits einen ordentlichen Sprung, in der Privatwirtschaft werden wir mit der 30% Quote für Aufsichtsräte weiter daran arbeiten, sie einzureißen.

Wir müssen auch dafür sorgen, dass außerberufliche Aufgaben nicht mehr vor allem auf den Schultern der Frauen lasten. Diesem Ziel kommen wir näher, wenn

wir den flächendeckenden und qualitätsvollen Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, aber auch der Ganztagschule vorantreiben. Und wir müssen das zweite Gratis-Kindergarten-Jahr umsetzen.

Frauen sind in führenden Positionen zu wenig oft vertreten. Woran liegt das Ihrer Meinung nach? Was halten Sie von Quotenregelungen für die Privatwirtschaft, die im aktuellen Regierungsprogramm festgehalten sind?

Was wir beobachten ist: Wo Frauen sind, kommen Frauen nach. Mit anderen Worten: Die Quote ist ein erfolgreiches Modell, das zeigt uns die Erfahrung in den staatsnahen Unternehmen, wo der Bund bereits eine Quotenregelung hat und mittlerweile einen Frauenanteil von 40,3 % in den Aufsichtsräten erreichen konnten. Im Vergleich dazu liegt in der Privatwirtschaft der Frauenanteil bei den Aufsichtsräten derzeit bei 18%. Die Quote in der Privatwirtschaft einzuführen ist also ein überfälliger Schritt. Abgesehen davon müssen wir uns auch überlegen, wie wir es schaffen, dass mehr Frauen in politischen Funktionen tätig sind.

Zum Frauentag am 8. März haben frauenpolitische Themen Hochkonjunktur... Erschreckend, wie sich die Schlagzeilen Jahr für Jahr ähneln – Stichwort Lohnschere. Was tun?

Es ist untragbar, dass in Österreich noch immer 22 Prozent Gehaltsunterschied für gleiche oder gleichwertige Arbeit besteht. Das ist auch im internationalen Vergleich ein schlechter Wert. Dieser Zustand muss bekämpft werden – und zwar in einem ersten wichtigen Schritt mit der Einführung eines Mindestlohns von 1.500 €. Auf diesem Weg können wir 200.000 Frauen helfen, die momentan weniger verdienen. Aber auch die Lohntransparenz ist eine wichtige Maßnahme.

Manchmal entsteht der Eindruck, dass es ein abnehmendes Interesse – insgesamt – aber auch bei den jüngeren Frauen bezüglich frauenpolitischer Themen gibt. Woran liegt das Ihrer Meinung nach?

Ich beobachte eher, dass es heute sehr viele selbstbewusste junge Frauen gibt – für sie ist es selbstverständlich, dass sie aufgrund ihres Geschlechts nicht schlechter behandelt werden dürfen. Und es sollte ja auch selbstverständlich sein! Leider haben wir diesen Punkt noch nicht erreicht – dort müssen wir hin!

Wie sieht Ihre Vision der Rolle der Frau und des Mannes in 30 Jahren aus?

Ich wünsche mir, dass Menschen dann schon längst frei wählen können, welches Leben sie führen. Ein Mann, der sich um seine Kinder kümmert, soll genauso normal sein, wie eine Frau, die Karriere macht. Ich wünsche mir, dass wir Begriffe wie „Lohnschere“ und „gläserne Decke“ und „Vereinbarkeitsfalle“ in 30 Jahren nur noch aus dem Geschichtsbuch kennen. Als Frauenministerin werde ich versuchen, meinen Beitrag dazu bestmöglich zu leisten.

Liebe Frau Bundesministerin, wir danken sehr für das Gespräch!

Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU

Frauen sind öfter sexueller Gewalt ausgesetzt, häufiger armutsgefährdet, verdienen weniger als Männer, erledigen den Großteil der nicht-bezahlten Arbeit, sind nicht annähernd gleich repräsentiert in Politik und Führungspositionen, ... Kurzum: Frauen sind immer noch nicht gleichgestellt.

Kurz vor dem internationalen Frauentag hat die EU den jährlichen Bericht über die Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU veröffentlicht. Darin finden sich aktuelle Daten zur Gleichstellung in der EU und in den EU-Mitgliedstaaten.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Grundrecht und als solches seit jeher im europäischen Primärrecht – das dem Verfassungsrecht gleichkommt – verankert. Doch, und das ist leider nichts Neues und wird auch in dem Bericht konstatiert: Gleichstellung ist in vielen Bereichen immer noch ein Ziel, nicht Realität. Es gibt jedoch stetig Erfolge zu verzeichnen. Angesichts der Herausforderungen der letzten Jahre – dazu zählen u.a. die Wirtschaftskrise und wirtschaftliche Stagnation, Arbeitslosigkeit, Migration, erhöhte Intoleranz und populistische Tendenzen in den EU-Mitgliedstaaten – ist es wichtiger denn je, dieses Ziel nicht aus den Augen zu verlieren.

Nicht zuletzt ist es deshalb von Bedeutung, dass die Gleichbehandlung von Frauen und Männern auch in Form von Strategien und Soft Law auf der EU-Agenda aufscheint: Prominente Beispiele sind der Europäische Pakt für die Gleichstellung der Geschlechter 2011-2020 und das Strategische Engagement für die Gleichstellung der Geschlechter (2016-2019). Ein wesentlicher Faktor in der Sichtbarmachung und Messung von Fortschritt sind die jährlichen Gleichstellungsberichte der EU. Der [diesjährige Bericht](#) steht im Zeichen der UN 2030 Sustainable Development Goals (SDG). Aufgezeigt werden wesentliche Trends, EU-Maßnahmen und Erfolge der Kommission und Mitgliedstaaten 2016 und good practices aus Mitgliedstaaten und EU-Projekten. Der Fokus liegt dabei auf dem 12-monatigen Berichtszeitraum.

Erstmalig ist dem Thema Gender Mainstreaming/Gender Budgeting ein eigenes Kapitel gewidmet. Das Bild, das der Bericht zeichnet, ist ein vorwiegend positives, das Tempo könnte und sollte jedoch durchwegs erhöht werden. Hier ein kurzer Überblick über die wesentlichen Ergebnisse des Berichts:

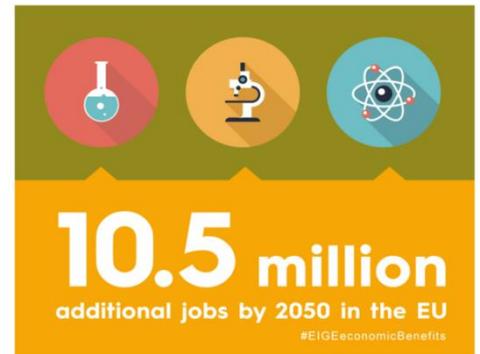
-
- Die Erwerbstätigkeitsquote ist bei beiden Geschlechtern im Steigen begriffen, die zu verzeichnenden Unterschiede in den Bereichen Bezahlung, Erwerbstätigkeit und Stundenausmaß stagnieren jedoch seit Jahren. Frauen mit Behinderungen und Roma sind deutlich unterrepräsentiert. Wenn das so weiter geht – so der Bericht – dauert es noch über ein Jahrhundert, bis der Gender Pay Gap endlich geschlossen ist.
 - Die Barcelona-Ziele zur flächendeckenden Kinderbetreuung wurden erst von wenigen Mitgliedstaaten erreicht;
 - Am Arbeitsmarkt beginnt die Segregation in männer- und frauentypische Berufe schon in der Schule. Eigentlich sind es Mädchen und junge Frauen, die bessere Noten und Schulabschlüsse aufweisen. Hier tut sich jedoch was: Prinzipiell steigt die Zahl der Frauen im Management und in der Politik.
 - Pflgetätigkeiten werden immer noch disproportional von Frauen wahrgenommen. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf ihre Karriere, ihre Einnahmen und zuguterletzt auf ihre Pensionen.
 - Migrantinnen und weibliche Personen mit Behinderungen sind noch schlechter gestellt als Frauen im Allgemeinen.
 - Während sich manche Mitgliedstaaten auf ambitionierte und innovative Weise diesen Herausforderungen stellen, hinken andere hinten nach. Darum plant die EU für das erste Quartal 2017 auch eine neue Initiative im Bereich Work-Life Balance.
 - Nicht zuletzt hat die EU 2016 Maßnahmen im Bereich „Gewalt gegen Frauen“ gesetzt. Die Istanbul-Konvention ist hierbei ein wesentlicher Faktor; 14 Mitgliedstaaten haben sie ratifiziert – Österreich schon im Jahr 2013.
 - Bis Ende 2016 haben alle Mitgliedstaaten das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt („Istanbul-Konvention“) unterschrieben und 14 haben es auch ratifiziert. (AT hat bereits 2013 ratifiziert).

Für Österreich selbst zeichnet der Bericht ein positives Bild: Österreichische Initiativen werden nicht nur an einer Stelle als good practices genannt. So die Einführung des freiwilligen, bezahlten Papamonats in der Privatwirtschaft mit 1.3.2017 und die österreichischen Maßnahmen und Erfolge im Bereich Gender Budgeting, nicht zuletzt der [Gender Budgeting Blog](#).

EIGE-Studie bestätigt: Mehr Jobs und Wirtschaftswachstum durch ökonomische Gleichstellung von Frauen und Männern

Würde die EU mehr unternehmen, um eine vollständige Gleichstellung zwischen Frauen und Männern zu erreichen, dann gäbe es mehr Jobs, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf würde steigen und künftige demografische Herausforderungen wären auf einmal gar nicht mehr so groß.

So zumindest die Ergebnisse einer anlässlich des Internationalen Frauentags vom Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen EIGE veröffentlichten Studie zum ökonomischen Nutzen von Gleichstellung von Frauen und Männern.



„Die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern ist einer der Grundwerte der EU. Es geht dabei um Fairness. Die Zahlen sprechen für sich: Gleichstellung bedingt Wirtschaftswachstum in Europa“, so Vera Jourová, Kommissarin für Justiz Konsumentenschutz und Gleichstellung. Auch gemäß Virginija Langbakk, Direktorin des EIGE, beweist die Studie, *„dass die Gleichstellung von Frauen und Männern auch wirtschaftlichen Nutzen hat. Diese Aussage kann die Europäische Union in ihrem Bestreben, nachhaltiges und inklusives Wachstum zu erzeugen, nicht unberücksichtigt lassen. Viel zu lange haben Geschlechter-Ungleichheiten Frauen in ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten eingeschränkt. Nun haben wir den Beweis dafür, dass die Gleichstellung Kernstück einer funktionierenden Wirtschaft ist.“*

Die Resultate der Studie sprechen für sich. Durch Verbesserungen in der Gleichstellung von Frauen und Männern wäre es möglich, bis 2050 10,5 Millionen zusätzliche Jobs zu schaffen. Damit würde die Erwerbstätigenrate in der EU die 80%-Schwelle erreichen. Dies würde sich auch positiv auf das BIP auswirken; pro Kopf wäre ein BIP-Wachstum von beinahe 10% möglich. Die Auswirkungen würden in den Mitgliedstaaten jedoch sehr unterschiedlich ausfallen, mit einem 4-prozentigem Wachstum in einigen Mitgliedstaaten und einem über 10%-igem Wachs-

tum in anderen. Insbesondere Länder, in denen noch hoher Handlungsbedarf herrscht, wären die Gewinner.

Nicht zuletzt stellen sich gleichstellungspolitische Maßnahmen auch als Mittel zur Bekämpfung demografischer Herausforderungen in der EU heraus. Denn die Bevölkerung altert. Das ist ein Problem. Gleichstellung die Lösung: Studien beweisen, dass die Geburtsraten steigen, umso gleich gestellter Frauen und Männer sind. Eine vollständige Gleichstellung von Frauen und Männern würde gleichzeitig ein Bevölkerungswachstum und eine höhere Arbeitskraft bedingen. Letzteres wäre wichtig, da immer mehr Menschen aus der aktiven Bevölkerung ausscheiden.

Abschließend evaluierte die Studie auch etwaige Auswirkungen von Gleichstellung auf MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik)-Fächer, den Arbeitsmarkt und die Gehälter. Dabei werden potenzielle demografische Veränderungen infolge einer Reduzierung etwaiger Gender Gaps berücksichtigt.

Mit der Studie wurde erstmalig der Versuch einer ökonometrischen Modellierung einer derart hohen Anzahl an makroökonomischen Variablen zur Gleichstellung von Männern und Frauen in der EU unternommen. Die vollständige Studie finden Sie [hier](#).

Was geht in der Werbung? „Do’s und Dont’s“ schaffen Klarheit

Der Werberat hat im Februar eine Broschüre zu den Do’s und Dont’s von Werbestrategien veröffentlicht.

Was geht in der Werbung - und was überschreitet ethische Grenzen? Der Österreichische Werberat (ÖWR) hat Antworten darauf in einer Fibel zusammengefasst. Laut Werberat-Präsident Michael Straberger soll das Handbuch [„Do’s und Dont’s in der Werbung“](#) vor allem Klein- und Mittelunternehmen Orientierung bieten und den Ethik-Kodex der Branche nä-

herbringen. Dafür wurden jede Menge Beispiele zu den Themen Geschlechterdiskriminierung, Kinder und Jugendliche in der Werbung, Darstellung älterer Menschen und allgemeine ethische und moralische Grundsätze gesammelt. Basis sind die Erfahrungen des Werberats seit seiner Neuaufstellung vor bald zehn Jahren: Seitdem habe man an die 3.000 Beschwerden erhalten und 1.400 Entscheidungen gefällt.

Antisexismus-Beirat. Unterstützt wird der Werberat seit 2011 vom Antisexismus-Beirat, der auf Initiative des Frauenministeriums ins Leben gerufen wurde. Der Beirat erstellt umfassende Gutachten, die sowohl praxisbezogen als auch wissenschaftlich fundiert eine beanstandete Werbung untersuchen. Neben seiner beratenden Tätigkeit wirkt der Antisexismus-Beirat auch an Weiterbildungsveranstaltungen für den Werberat mit.

Ampelsystem. Und so wird mit Ampelfarben dargestellt, was geht (grün für "go"), was nicht geht (rot für "no-go") und was gerade noch durchgeht (orange für "yes, but"). Was etwa gar nicht geht: Kinder in sexualisierter "Lolita"-Pose zu zeigen, Gewalt in verharmlosender Comic-Form zu präsentieren, ältere Menschen pauschal als wenig attraktiv darzustellen oder Busen und Hintern als "Blickfang" ohne jeden Bezug zum Produkt zu platzieren. Beim Umgang mit Stereotypen seien generell Vorsicht und Nachdenken geboten, rät der Werberat. Zudem streift er das Thema Retusche - Stichwort Photoshop - und appelliert an Werbeagenturen, Zurückhaltung zu üben.



Diese Werbung für ein Sonnenstudio ist ein No-Go. Foto: Broschüre/Werberat

Sensibilisierung. Beschwerden wegen Geschlechterdiskriminierung machen den mit Abstand größten Teil der Beschwerden aus. Der ÖWR stellt aber auch eine wachsende "Sensibilisierung" für das Thema fest. Luft nach oben sei aber weiterhin gegeben, vor allem im Online-Bereich: Die Zahl der Beschwerden dazu steige an.

Fortschrittsbericht zum Frauenanteil in Aufsichtsräten

Der vom Bund verantwortete Frauenanteil in Aufsichtsräten staatsnaher Betriebe liegt laut dem aktuellen Fortschrittsbericht mittlerweile bei durchschnittlich 40,3 Prozent.

"Der Trend geht in die richtige Richtung. Im Schnitt ist der Frauenanteil in den Aufsichtsgremien staatsnaher Unternehmen um 2,3 Prozentpunkte auf 40,3 Prozent gestiegen", so Frauenministerin Pamela Rendi-Wagner gemeinsam mit Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner bei der Präsentation des [Fortschrittsberichts 2017](#), der am 12. März im Ministerrat präsentiert wurde.

„Die Privatwirtschaft hat mit derzeit 18 Prozent Frauenanteil in den Aufsichtsräten im Vergleich zum Bund noch deutlich Aufholbedarf. Die Bundesregierung hat sich daher auf die Einführung einer 30-Prozent-Quote für die Aufsichtsräte von Großunternehmen geeinigt. Wir müssen den Weg für Frauen an die Spitze ebnen“, sagte Rendi-Wagner. "Die Selbstverpflichtung des Bundes wirkt und ist auch ein Vorbild für die Privatwirtschaft. Wir müssen das Potenzial qualifizierter Frauen in Österreich stärker nützen. Davon profitieren Unternehmen und Gesellschaft", so Wirtschaftsminister Mitterlehner.

Laut dem aktuellen Fortschrittsbericht entsendet der Bund in die 56 erfassten Unternehmen mit einem Bundesanteil von 50 Prozent und mehr insgesamt 295 Aufsichtsratsmitglieder. Davon sind inzwischen schon 119 mit Frauen besetzt. Die überwiegende Zahl, nämlich 31 Unternehmen, erfüllen schon jetzt die bis Ende 2018 umzusetzende Quote von 35 Prozent oder liegen sogar darüber. So hat etwa das Wirtschaftsministerium in den ihm zugeordneten zehn Unternehmen im Schnitt einen Anteil von 51 Prozent erreicht.

Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Steigerung um 2,3 Prozentpunkte, wie aus einem Bericht an den Ministerrat am Dienstag hervorgeht. Die überwiegende Zahl, nämlich 31 Unternehmen, erfüllt bereits die bis Ende 2018 umzusetzende Bundes-Frauenquote von 35 Prozent.